



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau in

der Pfalz

am Dienstag, 12.01.2016,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 18:17



Anwesenheitsliste

CDU

Dr. Thomas Bals

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Peter Lerch

Rolf Morio

SPD

Hermann Demmerle

Günter Scharhag

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow

Vertretung von Frau Maroc

Lukas Hartmann

FWG

Wolfgang Freiermuth

FDP

Jochen Silbernagel

ab 17:03 Uhr - während TOP 2

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

ab 17:03 Uhr - Nach Eintritt in die TO

Beigeordnete/r

Rudi Klemm

Vorsitzender



Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Berichterstatter

Christine Baumstark

Michael Götz

Stefan Joritz

Christoph Kamplade

Martin Messemer

Matthias Schmauder

Sonstige

Michael Niedermeier

Schriftführer/in

Kristina Bollinger

Entschuldigt

Bündnis 90/Die Grünen

Sophia Maroc

vertreten durch Fr. Follenius-Büssow



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende begrüßte den neuen Bürgermeister, Herrn Dr. Ingenthron sowie die neue Fraktionsvorsitzende der SPD, Frau Vogler. Er erklärte außerdem, dass Herr Tas als Nachfolger von Dr. Ingenthron und Herr Sauer als Nachfolger von Frau Kern in den Stadtrat nachrücken und diese in der nächsten Stadtratssitzung als neue Ratsmitglieder aufgenommen werden. Er wünsche sich ein gutes Miteinander und versuche in Funktion als Vorsitzender, seinen Beitrag zu leisten, dass der Spagat zwischen Kollegialität und Konkurrenz im Rat am Ende zu einer Weiterentwicklung der Stadt führe.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Einwohnerfragestunde
2. 14. Controllingbericht zur Stadtentwicklung Süd
Vorlage: 240/035/2015
3. Mittelfreigabe für die Ersatzbeschaffung des Dienstfahrzeuges für den kommunalen Vollzugsdienst
Vorlage: 320/068/2015
4. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Es waren keine Anwohner anwesend.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

14. Controllingbericht zur Stadtentwicklung Süd

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Kämmereiabteilung vom 2. Dezember 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Er begrüßte Herrn Schmauder (Liquidator Landesgartenschau gemeinnützige GmbH i. L.), der derzeit noch mit einem kleinen Team in der Geschäftsstelle der Landesgartenschau die Übergabe des Geländes an die Stadt vorbereite.

Das Landesgartenschau Gelände werde der Öffentlichkeit am kommenden Samstag durch Herrn Dr. Ingenthron offiziell zugänglich gemacht.

Noch offene Fragen wurden an die Zuschussabteilungen der Ministerien gestellt. Die erhaltenen Landesmittel betragen 26 Mio. Euro; der städtische Anteil betrage 8,5 Mio. Euro. Die bisherige Abrechnung des Durchführungshaushaltes läge unterhalb des kalkulierten Maximaldefizits. Die Stadt habe einen Zuschussbedarf in Höhe von 3,6 Mio. Euro, für diesen im Haushalt in den vergangenen Jahren Vorsorge getroffen wurde.

Ratsmitglied Lerch fragte nach, wann mit einer Entscheidung des Landes bezüglich den Zuschüssen zu rechnen sei.

Herr Messemer antwortete, dass das Land bereits kontaktiert wurde und dieses mit der Fragestellung konfrontiert wurde. Die derzeitigen Zahlen lägen sehr nah an den Planungen. Das Land könne erst eine abschließende Zusage geben, wenn geklärt sei, ob eine Nachförderung durch die vom Innenministerium geförderten Maßnahmen in Höhe von 19 Mio. Euro möglich sei. Des Weiteren seien mit dem Finanzamt wegen der Umsatzsteuerpflicht noch Verhandlungen zu führen. Deshalb könnten sich Verschiebungen zugunsten der Stadt ergeben. Entsprechende Gespräche mit dem Finanzamt würden im Frühjahr 2016 erfolgen. Der genaue Zeitplan wäre derzeit noch unklar. Die Verwaltung habe ein originäres Interesse, eine Punktlandung zu erzielen.

Ratsmitglied Hartmann regte an, den Turm auf dem Gelände der Landesgartenschau nachts geöffnet zu lassen.

Der Vorsitzende erwiderte, dass dies entsprechender Prüfung bedarf. Er übergab das Wort an BGO Klemm.

Beigeordneter Klemm ergänzte, dass aufgrund evtl. Vandalismusschäden haftungsrechtliche Prüfungen erforderlich seien.

Ratsmitglied Vogler fragte nach, wann die Sportanlage geöffnet werde.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erklärte, dass diese ab Samstag offiziell von montags bis freitags von 8.00 – 22.00 Uhr sowie an Samstagen, Sonn- und Feiertagen von 9.30 Uhr bis 19.00 Uhr geöffnet sei. Entsprechende personelle Vorkehrungen wurden bereits vorgenommen. Aufgrund der Vorbeugung von Vandalismus seien auch hier Schließzeiten erforderlich.

Der Vorsitzende sagte, dass es sich um eine besondere Sportanlage handelt und man die Entwicklungen beobachten müsse, um dann evtl. Anpassungen vorzunehmen. Es werde sodann erneut berichtet.

Ratsmitglied Scharhag hakte nach, ob die Mitglieder des Clubhauses TV nach 22.00 Uhr aus der Anlage kämen.

Beigeordneter Klemm erklärte, dass ein Durchgehen durch ein Drehkreuz möglich sei.



Ratsmitglied Dr. Migl erkundigte sich nach den Zahlen des Durchführungshaushaltes in Höhe von 3,638 Mio. Euro und die des Investitionshaushalts in Höhe von 8 Mio. Euro. Sie fragte nach, ob dies die Summe darstelle.

Der Vorsitzende klärte auf, dass es sich im investiven Bereich um einen städtischen Anteil in Höhe von 8 Mio. Euro handelt. Der Durchführungshaushalt sei nicht für Investitionen. Hier wurde davon ausgegangen, dass ein Defizit in Höhe von 5 Mio. Euro nicht überschritten werde. Nach heutigem Stand habe der Durchführungshaushalt einschließlich der Verschiebung der Landesgartenschau ein Defizit in Höhe von 4,5 Mio. Euro erbracht. Dafür seien die Rückstellungen im Haushalt ausreichend. Der investive Bereich weise einen Anteil in Höhe von 8,5 Mio. Euro auf. Er verwies auf die Nachfrage von Herrn Lerch sowie Antwort von Herrn Messemer zu diesem TOP. Hier nähere man sich durch Landeszuschüsse an die 8 Mio. Euro.

Der Hauptausschuss nahm die Information zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Mittelfreigabe für die Ersatzbeschaffung des Dienstfahrzeuges für den kommunalen Vollzugsdienst

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Ordnungsabteilung vom 11. Dezember 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Vogler fragte nach, ob es Prüfungen bzgl. der Möglichkeiten von Leasing-, Hybrid- oder E-Fahrzeugen gab.

Der Vorsitzende erwiderte, dass Hybridfahrzeuge bereits an anderen Stellen im Einsatz seien. Am Ende sei es die Frage der Wirtschaftlichkeit. Im Rahmen der Mittelfreigabe wird sich klären, ob Leasen oder Kaufen günstiger sei; in der Regel sei Kaufen günstiger. Die Prüfung eines E-Fahrzeuges könne mit aufgenommen werden, käme aber im Rahmen der Wirtschaftlichkeit eher nicht in Frage.

Ratsmitglied Hartmann erkundigte sich, ob die Möglichkeit eines Dienstrades geprüft wurde.

Der Vorsitzende erklärte, dass dies als Alternative zum Fahrzeug für den Vollzugsdienst nicht in Frage käme. Im Vergleich zu anderen Verwaltungen habe die Stadtverwaltung einen spartanischen Fuhrpark. Allerdings seien für Notfälle auch „Stand-By“ Fahrzeuge erforderlich.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt stimmt der Hauptausschuss mit 15-Ja-Stimmen einstimmig nachfolgendem Beschlussvorschlag zu:

Für die Ersatzbeschaffung eines Dienstfahrzeuges für den kommunalen Vollzugsdienst werden bei 1221.07111 im Vorgriff auf den Haushalt 2016 Mittel in Höhe von 25.000,00 € freigegeben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Verschiedenes

Über folgende Themen wurde informiert:

1. Brandruine Paul-von-Denis-Straße:

Der Vorsitzende übergab das Wort an Bürgermeister und Baudezernenten, Herrn Dr. Ingenthron.

Bürgermeister Dr. Ingenthron erklärte, dass am heutigen Tage Gespräche mit den Eigentümern bzgl. der weiteren Abwicklung stattfanden. Entgegen der Berichterstattung in der Presse habe die Brandruine keine Auswirkungen auf den Neubau der Polizeidienststelle, da der Polizeineubau südlich des Areals stattfinde; die Brandruine läge nördlich davon. Demnach seien keine Schnittmengen zwischen den beiden Objekten, sodass der Verlauf der Planungen sowie die Umsetzung planmäßig erfolgen können.

Herr Kamplade ergänzte, dass das Problem des Kaufpreises bei der Brandversicherung des Eigentümers im Rahmen der Auszahlung der Versicherungssumme läge. Das Gebäude sei gut und ausreichend versichert gewesen. Der Anwalt der Eigentümer vermute, dass die Versicherung davon ausgehe, dass der Schaden aufgrund eines entsprechend hohen Kaufpreises i. H. v. knapp 1 Mio. Euro durch die Stadt behoben werde. Der Kaufpreis müsse nun neu verhandelt werden. Der gutachterlich ermittelte Bodenwert läge bei rund 90/95 Euro. Wenn alle Unklarheiten geklärt seien, könne sodann das Grundstück zu einem verminderten Kaufpreis an die Stadt übergehen und der von der Versicherung gestoppte Abriss der Brandruine könne fortgesetzt werden.

Ratsmitglied Freiermuth erkundigte sich nach der Grundstücksfläche.

Herr Kamplade erwiderte, dass es sich um 4.500 m² handelt.

2. Gedenktag an die Opfer des Nationalsozialismus:

Der Vorsitzende lud zum bundesweiten Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am Mittwoch, 27. Januar 2016 um 17.00 Uhr in die Friedhofshalle des Hauptfriedhofes ein. Eine offizielle Einladung erfolge noch. Die Veranstaltungsdauer läge bei ca. einer Stunde.

3. Parkraumbewirtschaftung auf dem Messeparkplatz in der Albert-Einstein-Straße:

Der Vorsitzende bezog sich auf die Berichterstattung zum Thema Parkraumbewirtschaftung auf dem Messplatz und übergab das Wort an Herrn Messemer zur Sachstandserläuterung.

Herr Messemer erklärte, dass die Benutzungen des Messeplatzes im Norden und des Messeparkplatzes im Süden bis zur Landesgartenschau (LGS) kostenfrei waren. Hier musste die Stadt für Bewirtschaftung, Unterhaltung und Abschreibungen jährliche Kosten in Höhe von 66.000 € tragen. Deshalb wurde – entgegen der Berichterstattung in der Rheinpfalz - im Jahr 2014 auf die Betriebe im Vergnügungsstättenbereich zugegangen mit dem Ziel, einen Pachtvertrag mit den dortigen Parteien abzuschließen, um die tatsächlich entstandenen Kosten anteilig von den Nutzern gedeckt zu bekommen. Dieser Vorschlag sei auch nach mehrmaliger Nachfrage einstimmig von den Betreibern abgelehnt worden. Im Zuge der LGS wurde dann eine Bewirtschaftung eingeführt, über die alle dortigen Betriebe im Rahmen eines Gewerbegebietstreffens informiert wurden und ihr Einverständnis erklärten. Hier wurde auch deutlich erklärt, dass eine Entscheidung, wie nach der LGS verfahren werde, bis zum Ende der LGS getroffen werde. Im Spätsommer 2015 habe dann der Stadtvorstand eine Entscheidung für die Zukunft getroffen. Hier kam es zu einer zeitlichen Verzögerung, da der



damalige Oberbürgermeister den damals erkrankten Neu-OB in die Entscheidungsfindung mit einbeziehen wollte. Allerdings wurde vor Ende der LGS eine entsprechende Entscheidung getroffen und auch vor diesem Ende die Betriebe über die Entscheidung mit E-Mail vom 15.10.2015 informiert. Erst danach meldeten sich die Betreiber der Vergnügungsstätten bei der Stadt mit der Überlegung, doch eine Pachtvertragsregelung in Verbindung mit einer Kostenbeteiligung zu vereinbaren. Nach mehreren Verhandlungsrunden sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass die Betreiber im Rahmen eines Pachtvertrages 50 % der entstehenden Kosten tragen werden. Gleichzeitig sei die Bewirtschaftung des Messeplatzes im Norden aufgehoben worden, da die dortig ansässigen Firmen entsprechende Flächen für Stellplätze ihrer Mitarbeiter angemietet bzw. Flächen gekauft und errichtet haben. Aus Sicht der Verwaltung stellt dies eine angemessene Kostenbeteiligung im Süden dar. Alternative wäre, dass die Stadt Gelände zur Verfügung stelle, Stellplätze für Betriebe baue und diese weniger Gelände erwerben müssten. Die anfallenden Kosten müssten sodann auf die Steuerzahler abgewälzt werden. Dies könne nicht im Sinne der Öffentlichkeit sein, deshalb sei mit dem jetzigen Verfahren eine gute Lösung gefunden worden.

Der Vorsitzende sagte, dass man das Verfahren positiv bewerten solle.

Ratsmitglied Lerch fragte nach, ob die Kommunikation und Vermittlung erstmals am 15.10.2015 erfolgte.

Herr Messemer verneinte dies. Im Rahmen eines Gewerbegebietstreffens, das vor der LGS stattfand, sei frühzeitig informiert und mit Vorschlägen auf die ansässigen Betrieben zugegangen worden. Die Bestätigung sei aktenkundig, dass die Betreiber damals keine Pachtverträge wünschten.

Des Weiteren wurden seitens der Ausschussmitglieder folgende Fragen gestellt:

1. Schaffung von sozialem Wohnungsbau

Ratsmitglied Hartmann fragte nach, wann der Rat über Pläne zur Schaffung von bezahlbarem Wohnbau informiert werde und ob damit noch vor Beschluss der Haushaltsberatungen zu rechnen sei. Bereits Ende Juni sei dieses Thema angekündigt worden und wurde bisher etliche Male verschoben.

Der Vorsitzende erwiderte, dass seine Amtszeit erst vor 12 Tagen begonnen habe. Die Verwaltung sei aktuell dabei, die Themen zusammenzutragen und zusammenzuführen. In den Haushaltsberatungen habe er deutlich gemacht, dass die Frage der strategischen Herangehensweise für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für den Haushalt 2016 nur eine punktuelle Rolle spielen werde. Hierüber werde er in seiner Haushaltsrede informieren. Er kündigte ein Maßnahmenpaket an, das als Vorlage im Frühjahr in den Gremien behandelt werde. Interne Beratungen seien bereits am Laufen. Ein strategisches Herangehen erfordere Zeit. Auch der Schlussbericht der Wohnraumanalyse stehe noch aus.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte nach, in wie weit sich die Kommune an sozialem Wohnungsbau beteilige bzw. Private auffordere, dies zu tun. Sie fragte nach, ob bei den durch das GML eingestellten Mittel auch Unterbringungskosten für Flüchtlinge berücksichtigt seien und auch hierbei versucht werde, eigenen Wohnraum zu schaffen.

Der Vorsitzende erwiderte, dass die angesprochenen Thematiken zu differenzieren seien. Die Flüchtlingskrise sei eine andere Thematik. Er wolle über dieses Thema an dieser Stelle keine öffentliche Debatte führen. Im Frühjahr 2016 wäre ausreichend Gelegenheit, sich zu positionieren.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass sie lediglich nachfassen wolle, sodass keine Zeitverzögerung eintreten werde.

Der Vorsitzende ermahnte, dass bei dem Punkt „Verschiedenes“ lediglich informiert und das weitere Verfahren in nichtöffentlicher Sitzung im Rahmen der Haushaltsvorlagen besprochen werde.



2. Fragekatalog der Fraktion Pfeffer und Salz zum Thema Flüchtlingen

Ratsmitglied Dr. Migl fragte nach, wann der Fragekatalog der Fraktion Pfeffer und Salz zum Thema Flüchtlinge beantwortet werde.

Der Vorsitzende erwiderte, dass die Fragen in einer Sitzung bereits mündlich beantwortet wurden. Es erfolge keine weitere Antwort und der Antrag habe sich damals erledigt.

3. Küchenzeile in der Rundsporthalle

Ratsmitglied Dr. Migl regte an, eine entsprechende Küchenzeile in der Rundsporthalle als Alternative zum Catering einzurichten und bei den Umbaumaßnahmen mit zu berücksichtigen.

Herr Götz erwiderte, dass hier bereits Verhandlungen und Gespräche mit dem Sozialamt erfolgen. Entsprechende Überlegungen für die Einrichtung einer Küchenzeile in den Geräteräumen seien im Gange.

4. Sachstandsinformationen im nächsten Bauausschuss

Ratsmitglied Lerch bat um Informationen im nächsten Bauausschuss über folgende Themen:

1. Timing Vergabe Bau Feld 10 und andere Grundstücke
2. Sachstandsbericht Schreinerei Kraft
3. Sachstandsbericht Bebauung hinter dem früheren Areal „Gauer“

5. Geothermiewerk

Ratsmitglied Dr. Migl fragte nach, ob es neue Erkenntnisse bezüglich des Geothermiekraftwerkes gäbe.

Der Vorsitzende erwiderte, dass es keine weiteren Infos gäbe. Er habe bei seiner Neujahrsrede informiert. Mit einer Entscheidung des Landes sei im Jahr 2016 zu rechnen.

Der Hauptausschuss nahm die Informationen zur Kenntnis.



Die Niederschrift über die 13. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 12.01.2016 umfasst 17 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 73.

Vorsitzender

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Kristina Bollinger
Schriftführerin